

Niederschrift

BAU/046/2020

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bauausschusses der
Stadt Rheine
am 17.09.2020

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Dennis Kahle		Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Werner Wenker	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
------------------	---

Vertreter:

Herr Franz-Josef Hesping		Vertretung für Herrn Werner Bela
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Vertretung für Herrn Paul Hartmann
Herr Stephan Huesmann	FDP	Vertretung für Herrn Johannes Willems
Frau Ulrike Stockel	SPD	Vertretung für Herrn Antonio Berardis
Frau Bettina Völkening	SPD	Vertretung für Herrn Peter Kölker

Gäste:

Herr von Klonczynski	Architekturbüro Kresings, Düsseldorf
Herr Achterkamp	Architekturbüro Achterkamp + Möller
Herr Möller	Architekturbüro Achterkamp + Möller

Verwaltung:

Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Herr Dr. Jochen Vennekötter	Fachbereichsleiter FB 5
Herr Thomas Roling	Mitarbeiter der TBR
Herr Matthias van Wüllen	Mitarbeiter Stadtplanung
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Paul Hartmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Anna-Lena Storm	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Johannes Willems	FDP	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Werner Bela

Sachkundiger Einwohner f.
Seniorenbeirat

Herr Ahmad Hammudeh

Sachkundiger Einwohner f.
Integrationsrat

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Weißling TOP 12 – Grundschuloffensive – Canisiusschule – Vorstellung der aktuellen Entwürfe von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Beckmann beantragt TOP 9 – Stellplatzsatzung der Stadt Rheine – von der Tagesordnung zu nehmen.

Weiter beantragt Herr Huesmann TOP 8 – Maßnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt – von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Brauer lässt über die Anträge einzeln abstimmen. Die Anträge werden alle einstimmig angenommen.

Nachfolgend weist Herr Brauer darauf hin, dass am 29.10.2020 um 17:00 Uhr eine weitere Bauausschusssitzung stattfinden werde.

Von TOP 18 bis TOP 25 übergibt Herr Brauer die Sitzungsleitung an Herrn Dr. Konietzko.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 45 über die öffentliche Sitzung am 10.06.2020

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Absturzsicherung Gymnasium Dionysianum "Kleihues-Bau"

Frau Schauer erklärt die Problematik und erklärt den Lösungsansatz. Sie möchte die Ausschreibung zeitnah auf den Weg bringen, damit mit der Maßnahme Ende 2020 begonnen werden kann. Seitens des Bauausschusses wird nicht widersprochen.

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
5.22 - mk

Rheine, 16. September 2020

Information für den Bauausschuss

Im Rahmen der Covid-19-Pandemie wurde seitens des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSB) mit Faktenblatt vom 03.08.2020 verfügt, dass eine regelmäßige und wirksame Durchlüftung der Unterrichtsräume sicherzustellen ist.

Am „Kleihues-Bau“ des Gymnasium Dionysianum stellt sich die Lage so dar, dass eine komplette Öffnung der vorhandenen Fenster aus Gründen der Absturzsicherung nicht möglich ist, da die nach Schulbaurichtlinie erforderliche Brüstungshöhe von 1,10 Meter nicht erreicht wird. Eine Lüftung kann daher nur durch Kippstellung der Fenster sichergestellt werden. Da diese Kippstellung für eine „wirksame“ Durchlüftung nicht ausreicht, wurden organisatorische Maßnahmen dergestalt getroffen, dass der Unterricht in den betroffenen Klassenräumen für Lüftungspausen von 5 bis 7 Minuten unterbrochen werden muss.

Um hier bessere Lüftungsmöglichkeiten im Rahmen der Corona-Vorsorge zu schaffen, aber auch aufgrund der grundsätzlichen Thematik einer hohen Wärmeentwicklung in den betroffenen Klassenräumen, ist folgendes Vorgehen vorgesehen:

Die zu öffnenden Fenster der Klassenräume im „Kleihues-Bau“ werden zur Absturzsicherung mit einer 45 Zentimeter hohen Vorsatzscheibe aus Verbundsicherheitsglas (VSG), bestehend aus zweimal Einscheibensicherheitsglas (ESG) mit PVB Folie, versehen. Die Glasscheiben werden mit Vierkant-Profilen auf den bestehenden Fensterprofilen befestigt. Dadurch wird eine Erhöhung der Brüstungshöhe auf 1,35 Meter erreicht, welche die Vorgaben der geltenden Schulbaurichtlinie überschreitet, jedoch das vom Architekten Kleihues im gesamten Anbau vorgegebene Rastermaß von jeweils 45 cm aufnimmt. Zur Verdeutlichung wird auf die beigefügten Bild Darstellungen verwiesen.

Der Nachteil dieser Lösung ist, dass eine eingeschränkte Lüftungsmöglichkeit durch eine Verkleinerung der zu öffnenden Fensterfläche entsteht. Es wird jedoch erreicht, dass die Fenster überhaupt in Drehstellung während des Unterrichts geöffnet werden können.

Weiterhin wird mit dieser Lösung ein negativer Eingriff in die Fassadenarchitektur vermieden, da das bestehende Rastermaß fortgeführt wird.

Insgesamt sind 60 Fenster zum Innenhof des „Kleihues-Baus“ betroffen. Die Kosten werden sich nach ersten Schätzungen auf ca. 50.000 Euro belaufen.

Da die Maßnahme im Rahmen eines förmlichen Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens abgewickelt werden muss, wird von einer Umsetzung Ende November/Anfang Dezember 2020 ausgegangen.



Absturzhöhe von Fertigfußboden 1,35m
(gestalterisches Minimum)

Technische Betriebe Rheine
Straßen - Verkehrsplanung -
TBR-Lö

September 2020

Information für den Bauausschuss Öffentlich
--

Barrierefreier Ausbau des Bahnhofpunktes Rheine-Mesum

Die Verwaltung hat (wie unter TOP 44, RAT am 31.03.2020 beschlossen) mögliche Fördermöglichkeiten zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofpunktes Rheine-Mesum geprüft.

Auf Anfrage beim Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) wurde Mitte Juni 2020 mitgeteilt, dass eine Bewertung aller Bahnhöfe durchgeführt wurde, um eine Prioritätenliste für anstehende Ausbauten zu erstellen. Diese Prioritätenliste, die auch mit der Deutschen Bahn – als für den Ausbau zuständiger Eigentümer – abgestimmt wird, ist ein wichtiges Planungsinstrument und im NWL eine unverzichtbare Hilfe bei der Auswahl von Planungs- und Umbauvorhaben.

Ende August wurde diese Prioritätenliste in der Verbandsversammlung des NWL vorgestellt (siehe Anlage „Prioritätenliste“). Demnach liegt der Bahnhofpunkt Rheine-Mesum auf Platz 8 für den Umbau von Stationen im NWL.

Erfahrungsgemäß ist die Vorplanung komplex und aufgrund des sehr hohen Abstimmungsaufwandes zeitlich sehr aufwändig. Für eine schnelle Realisierung von Maßnahmen, sofern die Finanzierung zukünftig gesichert ist, möchte der NWL einen „Planungsvorrat“ aufbauen bzw. anlegen. Das heißt, dass für ein ganzes Paket von Stationen mindestens die Vorplanung schon frühzeitig erstellt werden soll. Im Rahmen dieser Vorplanung werden dann auch schon Abstimmungen zwischen DB Station&Service, DB Netz, der Kommune und dem Aufgabenträger sowie ggfls. mit Dritten, durchgeführt.

In der Verbandsversammlung wurde der NWL beauftragt, ein erstes Paket für Vorratsplanungen (Leistungsphase 1 – 2), das die ersten 12 Bahnhofpunkte der Prioritätenliste umfassen soll, mit der Deutschen Bahn zu vereinbaren und in Abstimmung mit der DB umzusetzen (siehe Anlage „Kostenschätzung Planungskosten“).

Der NWL beauftragt die jeweiligen Planungen und übernimmt die Planungskosten für die Vorratsplanungen zu 100 %.

Technische Betriebe Rheine
Straßen - Verkehrsplanung -

Im Auftrag



Melanie Lücke

3. Einwohnerfragestunde

Herrmann-Josef Raatgering, Devesburgstraße 55, Rheine

Herr Raatgering erklärt, dass er seine drei Fragen bezüglich des **Neubaus der Ein-Feld-Sporthalle für die Paul-Gerhardt-Schule** an Frau Schauer richten möchte. Er erklärt, dass seine Familie unmittelbar in der Nachbarschaft zu diesem Vorhaben wohne und direkt vom Bau der Sporthalle betroffen sei. Herr Raatgering weist darauf hin, dass sie im morgendlichen Schatten der Sporthalle wohnen müssen, wenn die Sporthalle dort so gebaut werde.

1. Herr Raatgering möchte wissen, ob es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für die zwei Varianten – Weiternutzung der Sporthalle der Elsa-Brändström-Schule von den Schülern der Paul-Gerhardt-Schule und Neubau der Ein-Feld-Sporthalle - gebe. Er erklärt, dass die Fenster der Sporthalle der Elsa-Brändström-Schule erst kürzlich aufwendig saniert worden seien und dies aus seiner Sicht eine Verschwendung sei, wenn die Sporthalle nicht weiter genutzt würde. Die Schüler und Kinder aus dem Bereich Wietesch könnten den großen Schulhof der Paul-Gerhardt-Schule weiter nutzen, wenn die Sporthalle der Elsa-Brändström-Schule weiter genutzt würde. Außerdem können die Steuerzahler 1,75 Mio. Euro sparen, wenn die Sporthalle an der Paul-Gerhardt-Schule nicht gebaut würde.
2. Herr Raatgering fragt, ob eine Tieferlegung der Sporthalle um 3 Meter = 1 Stockwerk in Erwägung gezogen worden sei. Nach seinen Informationen sei dies von Herrn Dr. Terhechte vorgestellt worden. Aus der Vorlage des Schulausschusses gehe hervor, dass alternativ auch eine Verbunkerung der Anlage vorgestellt worden sei. Dies sei so nicht gewollt. Eine Halle in halber Höhe, die vielleicht in einer Holz-Glas-Konstruktion erstellt werde, könnte die Akzeptanz von allen Anwohnern deutlich erhöhen.
3. Weiter erklärt Herr Raatgering, dass die Anwohner nur durch ein Zufallsgespräch mit Frau Beatrix Meyer erfahren haben, dass in der Nachbarschaft eine so große Halle gebaut werden soll. Er frage sich, warum sie hierzu als direkte Nachbarn nicht eingebunden worden seien und ob dies wenigstens in der Zukunft gemacht werde.

Frau Schauer erklärt zur Alternative - Nutzung der Sporthalle der Elsa-Brändström-Schule -, dass es im Rahmen der Vorlage Anfang 2020 relativ detaillierte Aussagen hierzu gegeben habe. Dort habe es eine Einschätzung der Verwaltung gegeben, dass die Sanierung der Sporthalle 500.000,00 Euro betragen würde, damit aber die Barrierefreiheit nicht vollumfänglich hergestellt werden könne. Frau Schauer weist darauf hin, dass es der Vorschlag der Verwaltung gewesen sei, die Turnhalle stehen zu lassen und keine Sporthalle am Standort Paul-Gerhardt-Schule zu errichten. Dies sei politisch anders entschieden worden und der Auftrag, eine Turnhalle zu planen, sei an die Verwaltung ergangen.

Weiter erklärt Frau Schauer, dass das Thema Tieferlegung der Turnhalle im Planungsprozess diskutiert worden sei. Es sei festgestellt worden, dass eine Tieferlegung der Turnhalle Nachteile für die Unterhaltung und Barrierefreiheit haben würde. Natürlich habe man sich auch Gedanken gemacht, wie die Wirkung in Bezug auf die Nachbarschaft sei, wobei man eine Abtreppung für die Nebenräume vorgenommen habe. Frau Schauer weist darauf hin, dass die Themen Verschattung und Zumutbarkeit vom Gesetzgeber über das Bau- und Abstandsflächenrecht geregelt seien.

Zum dritten Punkt erklärt Frau Schauer, dass die Verwaltung einen ganz klaren politischen Auftrag erhalten habe und sich an das Planungs- und Baurecht halten müsse. Die Verwaltung versuche eng mit der Politik zusammen zu arbeiten, wobei es nicht üblich sei, die Nachbarn mit einzuschalten. Man habe nichts dagegen, dass die Nachbarn über die Schule informiert worden seien und werden. Sie weist darauf hin, dass man das Verfahren offen und transparent halten möchte und auch für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Bernhard Greiwe, Rheine

Herr Greiwe erklärt, dass es ihm um die **Grünfläche an der Stadthalle**, Vorlage – Maßnahmen zur Gestaltung des Bernburgplatzes, gehe. Herr Greiwe möchte wissen, ob die Feuerwehrezufahrt von der Bültstiege zur Ems kommen werde.

Frau Schauer antwortet, dass dort eine Feuerwehrezufahrt benötigt werde, da es in dem Bereich keine adäquate Zufahrt gebe. Man werde versuchen mit dem Architekturbüro eine gut, verträgliche Lösung für den Bereich, vielleicht mit einer Doppelnutzung für Fußgänger und Radfahrer, zu finden.

Herr Greiwe möchte wissen, wieviel Grünfläche schlussendlich nach der Einrichtung der Feuerwehrezufahrt für den Bernburgplatz noch übrigbleibe. Er finde es, gerade auch im Hinblick auf den Klimaschutz nicht richtig, wenn in der Stadt Rheine immer mehr Grünflächen verschwinden.

Frau Schauer erklärt, dass es eine Forderung der Feuerwehr gewesen sei, dort eine Feuerwehrezufahrt einzurichten. Sie erklärt, dass auch für sie der Klimaschutz ein wichtiges Thema sei, es hier aber um die Sicherheit für Menschen, die dort wohnen und arbeiten, gehe. Weiter weist sie darauf hin, dass man heute über keinen Entwurfsvorschlag abstimmen werde. Heute gehe es um die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung und die Machbarkeitsstudie zum Projekt. Sie gehe davon aus, dass man am Ende mehr Grün haben werde, da geplant sei, auch Flächen zu entsiegeln.

Herr van Wüllen erklärt, dass man gezwungen sei, eine Feuerwehrezufahrt für die Gebäude am Ufer zu schaffen, da der Brandschutz hierfür sichergestellt werden müsse. Dies sei in den §§ 4 und 5 der Landesbauordnung geregelt und habe im Grunde nichts mit der neuen Struktur Bernburgpark zu tun. Man werde versuchen, die Zufahrt so minimal wie es gehe nach den gesetzlichen Vorgaben zu gestalten.

4. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

5. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme B5 - Funktionserweiterung, Neustrukturierung des Rathauszentrums einschließlich neuem Multifunktionssaal und Stadtbibliothek (5942-005) Änderungen an der Variante 1 der Vorplanung Im Verlauf der Entwurfsplanung Vorlage: 289/20

Frau Schauer gibt einen Ausblick auf den derzeitigen Sachstand. Sie weist darauf hin, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt in der Entwurfsplanung befinde und heute einen aktuellen Arbeitsstand vorstellen werde. Sie möchte hiermit die Möglichkeit für Fragen und Anregungen geben, weshalb man sich für diesen informativen Zwischenschritt entschieden habe. Ende des Jahres soll dann zum Abschluss der Leistungsphase 3 die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vorgestellt werden.

Herr Klonczinski stellt die aktuelle Entwurfsplanung und die wichtigsten Umbaubereiche anhand einer Präsentation vor und vergleicht diese mit den bisherigen Grundrissen.

Im Nachgang ergänzt Frau Schauer, dass es u. a. ein Ziel sei, die ausgelagerten Bürobereiche der Verwaltung wieder zurückzuführen. Somit erhalte man wieder eine zentrale Anlaufstelle für die Bürger und reduziere den zzt. durch externe Anmietungen anfallenden Mietkostenanteil.

Herr Weßling erklärt, dass er irritiert gewesen sei, dass es in der Mall keine öffentlichen Toilettenanlage geben soll und dann auch noch auf die Behindertentoilette am Bustreff verwiesen werde. Er sehe dies problematisch. Da man sich von diesem Umbau auch eine höhere Besucherfrequenz und Belebung des gesamten Bereiches erwarte, vermisste er gerade in diesem Bereich eine öffentliche WC-Anlage. Hier denke er z. B. an Familien mit ihren Kindern, die u.U. auch einen Wickelraum benötigen, aber auch an die älteren Menschen. Er bittet, dies noch einmal zu überdenken.

Frau Schauer erklärt, dass dieses Thema sehr intensiv diskutiert worden sei. Man habe z. B. in der Stadtbibliothek 2 Toilettenanlagen und Wickelmöglichkeiten, die natürlich nur während der Öffnungszeiten begehbar seien. Sie könne sich vorstellen, dass die Öffnungszeiten in der Bibliothek aufgrund der guten Nachfrage und Frequentierung in Zukunft erweitert werden könnten. Weiter gebe es die öffentliche Toilette im neuen Rathaus mit Wickelmöglichkeit. Für den geplanten Veranstaltungsbereich werde eine größere Toilettenanlage geplant, die dann den Veranstaltungszeitraum abdecke. Ein großes Problem sehe sie bei einer öffentlichen Toilettenanlage in der sozialen Kontrolle und der Überwachung. Dies stelle sich z. B. in der Bibliothek einfacher dar, wobei hier das Reinigungsintervall entsprechend angepasst werden müsse. Frau Schauer weist darauf hin, dass man sich jetzt für die aktuelle Variante entschieden habe, wobei sie aber darauf hinweist, dass eine öffentliche Toilettenanlage immer nachgerüstet werden könne.

Herr Weßling weist ausdrücklich darauf hin, dass die Toilette am Bustreff für Menschen mit Behinderungen angebracht wurde. Er bittet die aktuelle Variante, die ohne öffentliche Toilettenanlage geplant sei, noch einmal zu überdenken.

Herr Meier bezieht sich auf die Planung von vor 1 Jahr, wo gesagt wurde, dass der Veranstaltungsraum so groß sei, dass Tagungen dort abgehalten werden können und die Personen dann vl. auch im Hotel unterkommen könnten. Jetzt höre er allerdings, dass man verschiedene Besprechungsräume habe und eine Vergrößerung ausschließe. Er möchte wissen, warum sich die Planung so enorm verändert habe.

Frau Schauer antwortet, dass die Ausgangslage ein adäquater Ratssaal gewesen sei, der aber auch Dritten für Veranstaltungen angeboten werden könne. Man wolle für das Quartier Räumlichkeiten schaffen, die multifunktional mitgenutzt werden können. Es habe somit keinen Paradigmenwechsel in der Betrachtungsweise gegeben. Aufgrund der Bedarfsuntersuchung sei festgelegt worden, dass der Multifunktionssaal für einen Bedarf von 150 Personen auszulegen sei. Für größere Veranstaltungen stehe die Stadthalle zur Verfügung. Wenn dann Veranstaltungen für 150 Personen stattfinden sollen, müsse allerdings die Bestuhlung entnommen werden. In der Vorplanung sei festgestellt worden, dass dies aber die Ausnahme sein werde und es eher einen Bedarf für Vereine, Chöre etc. mit ca. 20 oder 30 Personen gebe. Hierfür würden sich dann die beiden größeren Räume gut eignen, da sie, wenn nötig, auch miteinander verbunden werden können. Zu einer Nutzung durch das geplante Hotel erklärt Frau Schauer, dass die Gremienarbeit Vorrang habe und dann erst einmal der Bedarf des Quartiers ausschlaggebend sei. Eine Nutzung durch das Hotel würde sie allerdings auch nicht ausschließen.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass auch die Aufrüstung und Optimierung der Technik für diese Maßnahme sehr wichtig sei. Er begrüße, dass die Struktur für die Verwaltung optimiert werde, wie z. B. die Zusammenführung des Personals, der Zusammenzug des Verwaltungsvorstandes mit einem zentralen Vorzimmer und die Optimierung der Besprechungs- und Multifunktionsräume. Vermisst habe er allerdings die Ein- und Ausfahrtsmöglichkeiten für Fahrräder in und aus der Tiefgarage, sowie eine E-Bike Station.

Frau Schauer weist darauf hin, dass die Tiefgarage nicht Teil des Projektes sei, nur die Unterbringung der Gebäudetechnik gehöre dazu. Das Thema Fahrräder/E-Bike Stellplätze in der Tiefgarage müsse separat beleuchtet werden. Sie erklärt, dass man dies als gesondertes Projekt mit einbringen werde, wobei sie die Hoffnung habe, hierfür noch Fördermittel zu generieren.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt für das Projekt „Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums (RHZ) einschließlich neuem Multifunktionssaal und Stadtbibliothek“ die während der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3 HOAI) vorgenommenen Änderungen an der Variante 1 der Vorplanung zur Kenntnis und beschließt die Entwurfsplanung auf dieser Grundlage weiter zu führen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme B4: Entwicklung der Immobilie Karstadt / Hertie
Vorlage: 342/20**

Herr Achterkamp und Herr Möller vom gleichnamigen Architekturbüro stellen anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand vor.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die aktualisierte Planung des Investors für das Stadthotel zur Kenntnis und beschließt, dass die weiteren Verhandlungen und Planungen der Stadtverwaltung mit dem Investor zur Entwicklung der Immobilie ehemals Karstadt / Hertie auf dieser Grundlage erfolgen sollen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme A6: Gestaltung des Bernburgplatzes
Vorlage: 327/20**

Herr van Wüllen gibt einen Ausblick auf die Maßnahme und ihre Entwicklung. Bevor man mit weiteren Planungen fortfahren werde, möchte man den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, die beschlossene Idee vom Bernburgpark inhaltlich zu füllen. Man habe mit den Büros überlegt, wie man dies gerade in Zeiten von Corona durchführen könne. Als Ergebnis habe man eine Onlinebeteiligung initiiert, Rück-Postkarten verteilt und auch Anregungen per E-Mail erhalten. Er berichtet, dass man 80 Eingaben und Anregungen erhalten habe, was im Vergleich zu früheren „analogen“ Beteiligungen ein gutes Ergebnis gewesen sei. Herr van Wüllen erklärt, dass man im Vorfeld drei große Themenbereiche gebildet habe, Begrünung, Mobiliar und Spielelemente sowie Veranstaltungen und es zu den Themen Mobiliar und Spielelemente sowie Veranstaltungen durchaus noch Diskussionsbedarf gebe, während das Thema Erhalt und Entwicklung der Grünstrukturen durchgehend begrüßt wurde. Das beauftragte Büro werde nun Varianten einer Vorplanung erarbeiten und die Ergebnisse mit einbeziehen. Für ihn sei es im nächsten Schritt wichtig, dann noch einmal eine direkte Bürgerbeteiligung durchzuführen, um diese Varianten zu erörtern. Herr van Wüllen gehe davon aus, dass es mit der Stadthalle eine Größenordnung gebe, mit der man bei einer guten Organisation eine Art Workshop unter

Corona-Regeln durchführen könne. Dies werde man in der nächsten Zeit prüfen und dann im Herbst durchführen, damit man bis Ende des Jahres der Politik eine mit den Bürgern diskutierte Vorplanung vorstellen könne. Auf dieser Grundlage werde dann die Entwurfsplanung erstellt und technische Fragen in Bezug auf die Feuerwehrezufahrt, den barrierefreien Zugang zum Ufer etc. mit eingearbeitet.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die durch die Büros GREENBOX und Reicher Haase Assoziierte dokumentierten Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zur Maßnahme „Gestaltung des Bernburgplatzes und des Grünbereiches sowie Öffnung zur Ems“ zur Kenntnis. Diese sind in das weitere Verfahren zur Entwicklung des Bereiches einzubinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Maßnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt
Vorlage: 288/20**

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**9. Stellplatzsatzung Stadt Rheine
I. Beratung der Ergebnisse aus der öffentlichen Auslegung
II. Satzungsbeschluss
Vorlage: 343/20**

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**10. Heimatrouten
Vorlage: 292/20**

Frau Schauer erklärt, dass die Vorlage aus einem Antrag der CDU- und FDP-Fraktion hervorgegangen sei und im Haushalt der Betrag hierfür schon eingestellt wurde. Die Idee sei vom Rheine.Tourismus.Veranstaltungen e.V. (RTV) gekommen, Heimatrouten sowohl für Wanderer als auch für Fahrradfahrer auszuweisen und zu beschildern.

Sie weist darauf hin, dass man sich mit dem RTV zusammengetan und überlegt habe, wie man die ganze Sache unterstützen könne. Man möchte die Umstellung auf das Knotenpunktsystem im „Radroutennetz NRW“ nutzen, um die Heimatrouten auf- und auszuarbeiten. Frau Schauer erläutert, dass die Hauptarbeit für diese Entwicklung beim RTV liegen werde und es um Ausschilderung, Kartenerstellung und Bewerbung des Ganzen gehe. Da dies für den Tourismus und auch die Bevölkerung von Rheine wichtig sei, schlägt Frau Schauer vor, die Mittel für die Erarbeitung zur Umsetzung der Heimatrouten zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit Rheine.Tourismus.Veranstaltungen e.V. (RTV) die Umsetzung von „Heimatrouten“ zur Steigerung der touristischen Attraktivität der Stadt Rheine zu entwickeln. Hierfür erhält RTV einen Zuschuss von max. 50.000 Euro (incl. MwSt) für tatsächlich entstandene und nachgewiesene Kosten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Zentralmagazin für Stadtarchiv und Städtische Museen
-Standortentscheidung-
Vorlage: 295/20

Frau Schauer erklärt, dass es heute um die Standortentscheidung für das Zentralmagazin gehe und dies im Kulturausschuss schon beraten worden sei. Sie weist auf eine Bürgeranregung hin, die fordere, im Bereich erneuerbare Energien aber auch anderen ökologische Dingen wie z. B. wasserdurchlässiges Pflaster tätig zu werden. Frau Schauer erläutert, dass man sich im Rahmen der Entwurfsplanung mit diesen Themen beschäftigen werde und es z. B. zum Thema Begrünung des Daches schon einen Beschluss gegeben habe. Bezüglich erneuerbarer Energien werde man sich, wie bei allen städtischen Bauvorhaben, den Sachstand ansehen und eine Empfehlung hierzu aussprechen.

Beschluss:

1. Der **Bauausschuss** beschließt den Neubau des Zentralmagazins für Stadtarchiv und Städtische Museen an der Hovekampstraße in Rheine R.
2. Der **Bauausschuss** beauftragt die Verwaltung mit der weiterführenden Ausarbeitung des Projektes in Form einer Vorentwurfs- und Entwurfsplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Grundschuloffensive - Canisiusschule
Vorstellung der aktuellen Entwürfe

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

13. Neubau Ein-Feld-Sporthalle an der Paul-Gerhardt-Schule
Vorlage: 282/20/1

Frau Schauer weist darauf hin, dass es auch zu dem Thema schon eine Vorberatung im Schulausschuss gegeben habe. Es habe Variantenuntersuchungen gegeben, wobei man sich bemüht habe, die nachbarschaftlichen Belange mit aufzunehmen und für den Schulhof eine möglichst flexible Nutzung zu planen. Im Schulausschuss wurde darauf hingewiesen, dass die Umkleidekabinen als nicht groß genug angesehen werden. Aufgrund dessen habe die Verwaltung in der Ergänzungsvorlage die Pläne diesbezüglich überarbeitet und angepasst.

Frau Stockel erklärt, dass die Mitglieder der SPD der Vorlage so zustimmen werden. Sie hoffe aber, dass es auch weiterhin den konstruktiven Austausch zwischen Schule und Schul- und Bauausschuss zur weiteren Gestaltung der Schulhoffläche geben werde, um diese dann multifunktional nutzbar zu machen.

Herr Radau erklärt, dass es Gespräche mit Herrn Raatgering gegeben habe, der sein Unwohl und seine Gedanken an den Schul- bzw. Bauausschuss schriftlich am 24.08.2020 geschickt habe. Dies Schreiben sei in den Ausschüssen offiziell nicht vorgestellt worden. Herr Radau weist darauf hin, dass Herr Raatgering der einzige Anwohner sei, der durch den Bau der Sporthalle eine Verschattung seines Grundstückes und Hauses erfahren werde und in Zukunft bei Gesprächen beteiligt werden möchte.

Frau Schauer sagt zu, dass sie sich bezüglich des Schreibens von Herrn Raatgering erkundigen werde. Was eine zukünftige Beteiligung betreffe, könne man über Bauzeiten berichten und wann

und wodurch es zu Beeinträchtigungen kommen werde. Sie weist darauf hin, dass mit dem heutigen Beschluss die Grundlage für die Durchführung der Maßnahme gesetzt werde und man anschließend mit den Ausschreibungen für die Architekten und Fachplaner beginnen werde. Sollte die Beschlussfassung heute nicht erfolgen, müsse man mit Verzögerungen bis zu einem halben Jahr rechnen.

Herr Brauer erklärt, dass er davon ausgehe, dass alle Mitglieder des Bauausschusses keine Zeit verlieren möchten. Er weist darauf hin, dass er das Schreiben von Herrn Raatgering kenne und es den Fraktionen bzw. den Mitgliedern des Schulausschusses zur Kenntnis gegeben worden sei.

Herr Beckmann erklärt, dass die Mitglieder der CDU dem Votum aus dem Schulausschuss folgen werden, da keine Zeit verloren gehen dürfe.

Frau Stockel berichtet aus dem Schulausschuss, dass es ihnen wichtig gewesen sei, keine zwei solitären Maßnahmen zu erhalten und die Maßnahmen gemeinsam zu beenden.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die vorliegende Entwurfsplanung für den Neubau der Ein-Feld-Sporthalle an der Paul- Gerhardt-Schule inklusive der vom Schulausschuss angeregten Vergrößerung der Umkleideflächen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Vorzugsvariante die weiteren Leistungsphasen des Projektes durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 1 Nein-Stimme

14. Errichtung von Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt **Vorlage: 297/20**

Frau Schauer erklärt, dass man einige zusätzliche Möglichkeiten zum Abstellen von Fahrrädern gefunden habe, wobei man bei Veranstaltungen wie Kirmes etc. gesondert sehen müsse, wie man damit umgehe. An einigen Stellen plane man versenkbare Fahrradständer, um mit diesen Flexibilität zu erhalten und den Umgang damit auszuprobieren. Frau Schauer erläutert, dass es heute um den Beschluss für die Offenlage gehe. Die unterschiedlichen Interessenlagen der Anwohner, Mieter etc., werde man im Rahmen der Abwägungen aufarbeiten. Auch werde man sich um Fördermittel bemühen, so dass dann bei einem frühzeitigen Maßnahmenbeginn die Fahrradständer im Jahr 2021 errichtet werden können.

Herr Dr. Konietzko weist darauf hin, dass bei einem Bügelabstand von 1,20 m noch Platz für ein Fahrrad zwischen den am Bügel stehenden Fahrrädern sei. Herrn Nagelschmidt empfiehlt, den Bügelabstand auf 1 m zu verringern, sodass nur 2 Fahrräder zwischen die Bügel passen. Somit könne nicht ein drittes Fahrrad dazwischen geschoben werden.

Frau Schauer erklärt, dass der Abstand von 1,20 auf eine Empfehlung des ADFC beruhe. Wenn man bedenke, dass man mit Einkaufs- und Satteltaschen und evtl. Fahrradanhänger für Kinder unterwegs sei, dann wäre ein Abstand von 1,20 m schon vorstellbar.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man hier den Zielkonflikt zwischen Qualität und Quantität habe, wobei sich die Menge der Bügel bei 1 Meter Abstand nicht unbedingt erhöhen würde. Auch

er weist noch einmal darauf hin, dass der ADFC den Abstand von 1,20 m empfohlen habe, damit es komfortabel bedienbar sei.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Planungen zur Errichtung von zusätzlichen Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt (Borneplatz und Bahnhofstraße) zur Kenntnis und beschließt deren Offenlage in den Diensträumen des Fachbereichs 5 Planen und Bauen im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. **Umgestaltung der Mühlenstraße (zwischen Emsstraße und Heiliggeistplatz) mit Aufstellung überdachter Radabstellanlagen und Serviceeinrichtungen (Projekt 53014 und Projekt 5202-198 KONRAD)**
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Bauprogramm
Vorlage: 311/20

Herr Dr. Vennekötter weist darauf hin, dass es schon Diskussionen gegeben habe, ob die geplanten Fahrradabstellmöglichkeiten ausreichend seien. Er erklärt, dass man die gleiche Fläche zur Verfügung habe, wie vorher mit klassischen Felgenbügel Hoch- und Tiefaufstellung. Diese haben zwar eine größere Menge an Stellplätzen geboten, sind aber an normalen Tagen nicht komplett genutzt worden. Er erläutert, dass erst rechts und links die Fahrräder angestellt werden, wobei bei einem Bügelabstand von 1,20 m sicherlich auch noch ein Fahrrad in die Mitte eingestellt werden könne. Da es an dieser Stelle sehr beengte Verhältnisse gebe, überlege man schon jetzt, ob es eine Möglichkeit gebe, Flächen für Fahrradeinstellplätze auf dem Heilig-Geist-Platz in Anspruch zu nehmen. Dies könne allerdings nur durch Wegfall einiger Pkw-Parkplätze erreicht werden.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass aus seiner Sicht gerade bei einem so begrenzten Bereich, eine engere Anordnung der Bügel mehr Sinn mache würde.

Herr Dr. Vennekötter erwidert, dass seiner Meinung nach nicht mehr Fahrräder abgestellt werden können, wenn man von einem Abstand von 1,20 m auf 1,00 m gehe. Er möchte die Empfehlung vom ADFC aufgreifen und wie auch in anderen Städten, den Abstand von 1,20 m zwischen den Bügeln einhalten.

Herr Beckmann erklärt, dass ihn die Argumente vom vorherigen Tagesordnungspunkt von Frau Schauer überzeugt, haben wenn Satteltaschen, Fahrradanhänger etc. mit untergebracht werden müssen. Dann sei aus seiner Sicht ein Abstand von 1,20 m gerechtfertigt.

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken

Beschlussvorschläge siehe Begründung

Zu II: Bauprogramm

Der Bauausschuss beschließt das nachfolgende Bauprogramm für die Umgestaltung der Mühlenstraße (zwischen Emsstraße und Heiliggeistplatz):

Ausbau als Fußgängerzone mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
 - a. Niveaugleiche Verkehrsfläche mit Unterbau und einer Decke aus Betonsteinpflaster mit Natursteinvorsatz
 - b. Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit Baumbepflanzung
2. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
3. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Priorisierung der Kreisverkehrsplanungen im Stadtgebiet Vorlage: 339/20

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass sich die Beurteilung der geplanten Kreisverkehre über die bauliche Machbarkeit, Qualitätsverbesserung und Verbesserung der Verkehrssicherheit erstrecke und die Kosten der einzelnen Kreisverkehre ziemlich ähnlich seien. Diese Kriterien haben die vorgestellte Priorität der Kreisverkehre ausgemacht. Er weist darauf hin, dass der Kreisverkehr Elter Straße/Scharnhorststraße an erster Stelle stehe, da er vom Bauausschuss schon beschlossen worden sei. Herr Dr. Vennekötter weist darauf hin, dass auch mehrere Kreisverkehre gleichzeitig geplant werden können, was aus seiner Sicht durchaus sinnvoll sei. Erst bei der Planung werden sich Widerstände und Probleme zeigen, durch die man dann automatisch eine Reihenfolge für die Umsetzung erhalten werde. Er empfiehlt, erst einmal für einen Kreisverkehr Haushaltsmittel einzuplanen. Wenn dann wider Erwarten mehr möglich sei, könne man sich im Laufe des Jahres noch um Haushaltsmittel bemühen.

Herr Beckmann erklärt, dass die Mitglieder der CDU sich einig seien, die Priorisierung aufzuheben und sich auf ein Paket, was in den nächsten 2 Jahren umzusetzen sei, zu konzentrieren. Ihnen gehe es als erstes um nachfolgende Kreisverkehre:

- Elter Straße/Scharnhorsterstraße
- Lingener Damm/Am Stadtwalde/Hovesaatstraße
- Windmühlenstraße/Sonnenstraße/Osningstraße
- Lingener Damm/Staufenstraße/Römerstraße

Herr Beckmann weist darauf hin, dass man dieses Paket der vier Kreisverkehre in den nächsten 1-2 Jahren umsetzen möchte.

Herr Weßling erklärt, dass auch bei ihnen die vorgegebene Priorisierung einige Fragen offen gelassen habe. Da die ihnen wichtigsten Kreisverkehre auch in dem Paket von Herrn Beckmann enthalten seien, können sie den Vorschlag von Herrn Beckmann mittragen.

Herr Schomaker erklärt, dass die UWG zustimmen werde. Die Mitglieder der UWG sehen es als notwendig an, mehr als einen Kreisverkehr im Jahr umzusetzen. Da dies ein wichtiger Schritt in Richtung Verkehrskonzept sei und man im Tiefbau immer mehr Kostensteigerungen zu ver-

zeichnen habe, sollte man die Kreisverkehre nicht noch weiter hinauszögern, da dies zu höheren Kosten führen werde.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass auch er es als dringend ansehe, die vier genannten Kreisverkehre in 1-2 Jahre zu bauen.

Herr Dr. Vennekötter weist darauf hin, dass die Planungs- und Baukapazitäten in der Bauverwaltung begrenzt seien. Wenn man in den nächsten 1-2 Jahren die Kreisverkehre bauen möchte, werde dies sicherlich möglich sein, wobei man dann aber an anderer Stelle Maßnahmen nach hinten verschieben müsse. Herr Dr. Vennekötter würde dennoch empfehlen, dass durch den Beschluss – ähnlich wie er vorgeschlagen wurde – die Planung der Kreisverkehre der Verwaltung in Auftrag gegeben werde. Er ergänzt, dass man über die Haushaltsplanung die Realisierung der Kreisverkehre jederzeit steuern könne.

geänderter Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ergebnisse der Untersuchung „Kreisverkehre im Stadtgebiet“ zur Kenntnis und beschließt, dass die Verwaltung *die Planung der vier nachfolgenden Kreisverkehre vornimmt und der Bau von Kreisverkehren beim Bau von Straßen ggfs. Vorrang habe.*

K 1 Lingener Damm/Am Stadtwalde/Hovesaatstraße,

K 2 Lingener Damm/Staufenstraße/Römerstraße

K 3 Windmühlenstraße/Sonnenstraße/Osningstraße

K 5 Elter Straße/Scharnhorststraße

Abstimmungsergebnis: geändert beschlossen

17. **Ausbau des Spechtweges (Projekt 53014-0071)**
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Bauprogramm
Vorlage: 303/20

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken

Beschlussvorschläge siehe Begründung

Zu II: Bauprogramm

Der Bauausschuss beschließt das nachfolgende Bauprogramm für den Ausbau des Spechtweges:

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

4. Mischfläche, bestehend aus
 - Niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster

5. Straßenentwässerung mit Anschluss an den geplanten Regenwasserkanal
6. Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. **Ausbau Ohner Weg (53014-401)**
(Hünenborgstr. bis Schwedenstr.)
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 285/20

Herr Brauer übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Dr. Konietzko.

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bauausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen.

- Beschlussvorschläge siehe Begründung –

Zu II: Festlegung des Bauprogrammes

Der Bauausschuss beschließt nachfolgendes Bauprogramm für den Ausbau der:

Ohner Weg (Hünenborgstr. bis Schwedenstr.) /verkehrsberuhigter Bereich

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
 - a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
 - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit/ohne Baumbepflanzung/Strauchbepflanzung und mit Unterpflanzung
 - c) Parkständen mit Unterbau / teilw. auf überbaubarem Baumgranulat und einer Decke aus anthrazit-farbenem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Ausbau Am Großen Unland (53014-414)
 (Sailerweg bis Salzbergener Str./B 481)
 Offenlage der Ausbauplanung
 Vorlage: 302/20**

Herr Dr. Vennekötter weist darauf hin, dass es sich hier um eine klassische Straßenbaumaßnahme handle, wobei die Straße schon Jahre existiere und aufgrund ihres Zustandes erneuert werden müsse. Dies werde dann nach dem Baugesetzbuch mit 90 % Anliegerkosten abgerechnet werden. Er erläutert, dass die grundsätzliche Entscheidung für den Ausbau einer Straße schon im Rahmen der Prioritätenliste festgelegt werde und man mit dem Beschluss für die Offenlage der Verwaltung den Auftrag für weitere Planungen erteile.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**20. Ausbau der Straße Grönings Hoff (53014-3708)
 Offenlage
 Vorlage: 328/20**

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine AöR im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**21. Ausbau der Thiestraße (von Lindvennweg bis Nielandstraße) (53014-3705)
 Offenlage
 Vorlage: 329/20**

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine AöR im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 22. Ausbau der Straße Hohe Heideweg (von Rheiner Straße bis Nielandstraße)
(53014-3723)
Vorlage: 330/20**

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine AöR im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 23. Ausbau der Nielandstraße (von Haus Nr. 106 bis Haus Nr. 120) und des Bohnenkamp (von Haus Nr. 1 bis Haus Nr. 3)
(53014-3713)
Offenlage
Vorlage: 331/20**

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine AöR im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 24. Einziehung eines Teilstücks der Herrenschreiberstraße
Vorlage: 300/20**

Beschluss:

Die Stadt Rheine beabsichtigt ein Teilstück der Herrenschreiberstraße, Gemarkung Rheine Stadt, Flur 111, Flurstück 1586 tlw., im anliegenden Lageplan in Gelb dargestellt, einzuziehen, weil überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Einziehung vorliegen.

Das Einziehungsverfahren gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) wird hiermit eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

25. Einziehung Stichweg Engernstraße
Vorlage: 301/20

Beschluss:

Ein Teilstück der Engerstraße, im anliegenden Lageplan in Gelb dargestellt, Gemarkung Rheine Stadt, Flur 166, Flurstück 790 tlw., wird hiermit gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) eingezogen, weil überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Beseitigung der Verkehrsfläche vorliegen und eine Verkehrsbedeutung nicht mehr gegeben ist.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 190, Kennwort: „Engernstraße Teil A“, 7. Änderung, und wenn bis zum Fristablauf der drei monatigen öffentlichen Bekanntmachung des geplanten Einziehungsverfahrens keine Einsprüche vorgetragen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

26. Anfragen und Anregungen

Herr Brauer übernimmt ab diesem Tagesordnungspunkt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Beckmann erklärt zur **Straßensperrung an der Osnabrücker Straße**, dass er gehört habe, dass diese Sperrung bis Februar 2021 bestehen bleiben soll. Er frage sich, ob es möglich sei, diese Sperrung moderater zu gestalten.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass der Geh- und Radweg durch die aufgebaute Krananlage gesperrt sei. Über eine Gelbmarkierung sei der Radweg auf der Fahrbahn abgeklebt worden, wobei diese Markierung recht schnell abgefahren wurde. Danach habe man für die Radfahrer eine Gasse mit Warnbaken von der Fahrbahn abgetrennt. Diese Maßnahme habe die Fahrbahn insofern verengt, dass der PKW- bzw. Busverkehr an der Baustelle nicht mehr beidseitig daran vorbeigeführt werden konnte. Im Moment sei man dabei, eine alternative verkehrliche Lösung zu finden, welche aber noch durchgemessen werden müsse. Er hoffe, dass diese Lösung in der nächsten Woche umgesetzt werden könne.

Frau Schauer erklärt, dass sie verstehen könne, dass es für die Geschäfte in dem Bereich schwierig sei. Es müsse aber auch der Beschluss zum Thema Baustellen und Radverkehr wie im Bauausschuss gefasst, entsprechend umgesetzt werden. Es stehe natürlich hoch in der Priorität, den Fußgänger- und Radverkehr sicher an Baustellen vorbeizuleiten.

Herr Brauer bittet zu prüfen, ob es möglich sei, die Linksabbiegespur in den Friedrich-Ebert-Ring, für den Zeitraum der Baumaßnahme zu sperren. Dann wäre es vielleicht möglich, die Osnabrücker Straße stadteinwärts über die Linksabbiegerspur zu führen.

Herr Schomaker erklärt, dass bezüglich der Sperrung an der Osnabrücker Straße Anwohner der Altenrheiner- und Humboldtstraße an sie herangetreten seien, da diese Straßen jetzt als Umleitung für die Baustelle von PKWs und LKWs genutzt werden. Die Anwohner fragen, ob man in der Zeit der Baustelle dort eine Zone mit 30 km/h und ein Parkverbot für die Humboldtstraße einrichten könne. Er erklärt, dass die Straße ersteinmal grundsätzlich breit genug sei, nur wenn dort geparkt werde und zusätzlicher PKW- und LKW-Verkehr stattfinde, entstehe gerade eine Gefährdung der Schüler und Pendler, die mit Fahrrädern unterwegs seien. Weiter verweist Herr Schomaker auf den Antrag der UWG, der auch dieses Thema beinhalte.

Frau Schauer erklärt, dass für dieses Thema die Straßenverkehrsbehörde beim Ordnungsamt der Stadt Rheine zuständig sei. Insofern könne sie dies inhaltlich nicht beantworten. Ihr sei aber bekannt, dass dieser Sachverhalt in der Prüfung sei.

Herr Schomaker erklärt, dass man in den **Marktplatz** viel investiert habe, um ihn attraktiver zu bekommen. Jetzt seien aber wieder Blumenkübel aufgestellt worden, die nach Meinung der Anwohner in ihrer Art nicht mehr zum Marktplatz passen. Weiter möchte er wissen, ob es ein „grünes Konzept“ für den Marktplatz gebe.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass es sich hier um einen alten Auftrag der TBR gehandelt habe. Die Kübel müssen neu konzipiert und angepasst werden, wobei es eine Arbeitsgruppe gebe, die sich mit all diesen Themen befasse.

Ende der Sitzung:

19:45 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin